



Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtage nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Raum für Bonn-Berlin sowie bei direkter Postzahlung ohne Postgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Straßenthür 4 M. Die 'Freiheit' ist in den ersten Ausgaben der Postämterliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 121. Fernsprecher: Amt Norden 2505 und 2506.

Die

Bestellen Sie die Freie Presse, Postamt Bonn oder beim Raum 70 01. 'Neub. B. 502' das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Einmalige Aufträge 30 Pf. Die Familien- und Vereinsabonnenten sind der Freie Presse frei. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 21. Januar 1919

Nummer 37

Die Wahlergebnisse.

Das vorläufige Wahlergebnis.

Noch läßt sich das Gesamtergebnis der Wahl nicht überblicken, noch läßt sich die Hauptfrage, bürgerliche oder sozialistische Mehrheit nicht sicher beantworten.

Ein Gefühl der Bitterkeit überkommt uns, wenn wir daran denken, daß dies im Deutschland der sozialen Revolution gar keine Frage hätte sein müssen, wäre die Arbeiterklasse einig gewesen. Dann hätte sie auch die schweren Sünden gegen den Geist des Sozialismus, die die rechtssozialistischen Führer begangen haben, ebenso verhindert wie die hemmungslosen Uebereilheiten der äußersten Linken, dann hätte ein größerer Wahlsieg ungehörtere und leidenschaftlichere Arbeit für die sozialistische Neuordnung geleistet.

Doch darüber wird später, wenn das Wahlergebnis festgestellt sein wird, noch eingehender zu sprechen sein. Schon jetzt kann aber festgestellt werden, daß der Sozialismus im ganzen auch bei diesen Wahlen eine involontäre Stärke gezeigt hat. Er allein stellt in seiner Größe das Fundament dar, auf dem der Wiederaufbau errichtet werden kann. Die bürgerlichen Parteien, gespalten, aus der Vergangenheit kommend und zur Vergangenheit gehörend, sind nicht fähig und nicht stark genug, die Zukunft zu meistern, die uns, den Sozialisten gehört. Nur durch Fehler der Führung, nur durch Selbstausgabe und Verzicht auf energische Initiative kann das Proletariat nochmals um die Früchte seines Sieges gebracht werden. Und das zu verhindern, darüber muß es jetzt mit verdoppelter Aufmerksamkeit wachen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie darf für sich mit Befriedigung auf den Wahlausgang blicken. Sie hat sich für sie das Geld, Wind und Wetter hatte sie gegen sich. Bettelarm sind wir in den Kampf gezogen, ohne Geld, ohne Organisationen, ohne Presse. Lange Jahre sollte uns der Belagerungszustand gefehlt, unsere Ansichten zu vertreten. Die alte Partei hatte, was der Belagerungszustand zu tun übrig gelassen, selbst getan, um und von den Massen der Parteigenossen fernzuhalten und sie gegen uns, die Parteiverfechter, Revolutionsromantiker aufzubringen. Die Zeit seit der Revolution war viel zu kurz, um auch nur die notwendigsten Ansätze der Organisation, die kleinsten Ansätze einer Presse zu entwickeln.

Und dennoch! Überall dort, wo wir überhaupt zu den Massen sprechen konnten, wo sie unsere Redner und unsere Redungen erreichen konnten, da haben wir die Massen für unsere Anschauung gewonnen.

In Berlin ist es die Unabhängige Sozialdemokratie, in der die Mehrheit des Proletariats steht. Man auch die Stimmenlosen keine großen Unterschiede aufzuweisen können, so ist in der rechtssozialistischen Zahl doch ein großer Teil bürgerlicher oder doch neuwonnener Wähler enthalten, während für uns das eigentliche Proletariat, besonders der großen Betriebe, eingetreten ist.

Wie in Berlin, so überall dort, wo wir arbeitsfähige Organisationen hatten. Da haben wir, wie in Leipzig, in Halle, in Rostock, in Thüringen, in Braunschweig, glänzend abgeschnitten, da steht das Proletariat geistig zu unserer Partei. Verheerend sind auch die Wahlen in Bayern, wo wir seit der kürzlichen Landeswahl unsere Stimmen auch auf Konto der Rechtssozialisten vermehrt haben — ein Zeichen der Zeit.

Freilich dürfen wir uns nicht verhehlen, daß es große Gebiete im sozialistischen Deutschland gibt, wo wir noch nicht festen Fuß gefaßt haben. Wir sind noch keine Reichspartei im wirklichen Sinne des Wortes, wir müssen es erst werden. Die Wahlergebnisse werden uns wertvolle Hinweise geben für den Ausbau unserer Organisation und Presse, sie werden uns zeigen, wo und wie gearbeitet werden muß.

Aber auch dort, wo wir heute noch Minorität geblieben sind, da gehören die richtigsten, zielbewusstesten und aktivsten Arbeiter zu uns, die treffliche Pionierarbeit leisten. Und für uns arbeitet die Entwicklung.

Rechts und links sind wir in den letzten Wochen gehöhnt worden und der Totenschein war uns bereits ausgestellt. Run, Totgegangene haben ein langes Leben. Wir haben Geer-

die rechtssozialistischen Führer daran, die Koalition mit der Demokratischen Partei vorzubereiten und so den Sozialismus preiszugeben. Daß diese Politik auf den Widerstand der Arbeiterklasse stößt und neue Wirren heraufbeschwören würde, kann keinem Zweifel unterliegen.

Diese Gefahren können nur beschworen werden durch geschlossenes, einheitliches, zielbewusstes Handeln der ganzen Arbeiterklasse. Deshalb brauchen wir die Einigung. Nicht einzelne Zsplitter, wie behauptet wurde, sondern große Proletariatsmassen stehen in getrenntem Lager. Diese Einigung ist aber nur möglich von unten auf, weil es die Politik der rechtssozialistischen Führer ist, die die Trennung erhält, wie sie sie verursacht hat.

Indem die Wahlen für die Unabhängige Sozialdemokratie einen Erfolg bedeuten, bedeuten sie zugleich eine Stärkung der Einigungsbewegung. Und das Proletariat muß einig sein, um den Sozialismus unwiderstehlich zu machen.

Einladung.

Zusatzordentlicher Parteitag der U. S. D. am Sonntag, den 2. Februar 1919, nachmittags 5 Uhr, nach Berlin.

(Das Lokal wird noch bekanntgegeben.)

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht der Zentralkleitung. Berichterstatter: Eulke Bica.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Wilhelm Bod.
3. Die Aufgaben der Partei. a) Programm, b) Taktik, c) die Einigkeit des Proletariats. Berichterstatter: Hugo Haase.
4. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: Wilhelm Tittmann.
5. Wahl der zentralen Parteifunktionen.

Parteilagenoffen! Die gegenwärtige politische Situation macht die nächste Einberufung des Parteitages zu einer zwingenden Notwendigkeit.

Wir fordern Euch deshalb auf, unverzüglich zu der provisorisch festgesetzten Tagesordnung des Parteitages Stellung zu nehmen und die Delegiertenwahlen zu veranlassen. Die Wahlen sind nach folgendem Modus vorzunehmen. Es wählen alle Wahlkreisorganisationen bis zu 1000 Mitgliedern 1 Delegierten, Organisationen bis zu 3000 Mitgliedern 2 Delegierte, auf je 3000 weitere Mitglieder entfällt ein Delegierter mehr.

Anträge zum Parteitag sind bis spätestens den 31. Januar bei der Zentralkleitung einzureichen.

Die Zentralkleitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Tr.

Schon gehalten und Hunderttausende sind unserm Ruf gefolgt. Die Rechtssozialisten, die uns als bedeutungslose Gruppe behandeln wollten, der nichts übrig bliebe, als sich ihnen anzuschließen, erleben eine Enttäuschung. Wir sind stark und wissen, wir werden stärker werden. Dahin wird vor allem die Politik der rechtssozialistischen Führer wirken, die in immer stärkerem Widerspruch zu dem Willen und den Interessen der Arbeiterklasse gerät. Wären die Wahlen nur ein bis zwei Wochen später gekommen, die Quittung der Arbeiterklasse für die schändlichen Zustände in Berlin, für die die Regierung Hert-Scheidemann die Verantwortung trägt, wäre noch wichtiger ausgefallen, die Abrechnung mit der Politik, die schließlich im Brudermord, in der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs, in der Erschießung der Spandauer Gefangenen, in der Willkür der Verhaftungen und Hausdurchsuchungen gipfelt, wäre noch gründlicher gewesen.

Aber so führt die Weiterführung dieser Politik zur wahren Verwundung der Arbeitermassen und ihrem Ansehensverlust an unsere Partei führen würde, wir meinen, die Opfer, die sie dem Proletariat und dem Sozialismus aufzulegen, wären zu groß. Schon denken

Bis Montag abend folgen folgende Wahlergebnisse vor:

1. Wahlkreis (Provinz Ostpreußen). 14 Abgeordnete. Vorläufiges Endergebnis: Mehrheitssozialisten (Lauen) 847 418 (7 Abgeordnete), Demokraten 146 157 (3 Abgeordnete), Deutschnationale Volkspartei 90 210 (2 Abgeordnete), Christliche Volkspartei 65 920 (1 Abgeordnete), Deutsche Sozialpartei 66 456 (1 Abgeordnete), Soldatenliste (Unabhängige) (Kendemann) 40 257. Der vierte Teil der Bezirke steht noch aus. Königsberg i. Pr. (Vorläufiges Wahlergebnis für den Wahlkreis Königsberg-Stadt): Mehrheitssozialisten 60 050, Demokraten 29 200, Deutsche Volkspartei 29 875, Soldatenliste (Unabhängige) 27 577, Deutschnationale Volkspartei 7300, Christlich demokratische Volkspartei (Zentrum) 4178.
2. Wahlkreis (Provinz Westpreußen). 11 Abgeordnete. Danzig-Stadt. (Vorläufiges Wahlergebnis) Unabhängige Sozialdemokraten 78 225, Mehrheitssozialdemokraten 37 407, Demokraten 27 217, Zentrum 18 021, Deutschnationale Volkspartei 15 955. Der Bezirke stehen noch aus.
3. Wahlkreis (Stadt Berlin). 14 Abgeordnete. Amtliches Wahlergebnis für Berlin. Abgeordnete Stimmen: 1 092 071. Die Hufe Scheidemann erhielt: 765 546 Stimmen und 5 Sitze. Scheidemann, Ritter, Pfannkuch, Schmidt, Rob. Reimann, Hufe Eichhorn 275 015 Stimmen, 4 Sitze: Eichhorn, Haase, Lauck, Hufe Raumann 163 445 Stimmen, 2 Sitze: Raumann und Hartmann. Liste Lamerenz 92 374 Stimmen, 1 Sitz: Lamerenz, Liste Kahl 51 370 Stimmen, 1 Sitz: Kahl, Liste Pfeiffer 51 021 Stimmen, 1 Sitz: Pfeiffer. Viertes Reichstagswahlkreis. Eichhorn-Haase (Unabh.) 95 096, Scheidemann (S. D.) 101 817, Raumann (Demokr.) 41 567, Lamerenz (D. Nat. Sp.) 18 351, Kahl (D. Sp.) 9663, Pfeiffer (Christl. Sp.) 12 800. Ungültig 1406. — Einige Bezirke stehen noch aus.
4. Wahlkreis (Reichstagswahlkreis Potsdam 1-9). 10 Abgeordnete. Oranienburg: Demokraten 2103, Mehrheitssozialisten 1601, Unabhängige 1603, Deutsche Volkspartei 518, Deutschnationale Volkspartei 323, Zentrum 206, Reinickendorf-Or. (bisher 15 Bezirke): Unabhängige 5659, Mehrheitssozialisten 5404, Demokraten 1794, Deutsche Volkspartei 1280, Christliche Volkspartei (Zentrum) 688, Deutschnationale Volkspartei 400. Randersberg: Unabhängige 240, Mehrheitssozialisten 229, Demokraten 484, Deutschnationale Volkspartei 180, Deutsche Volkspartei 600, Christliche Volkspartei 21. Rixdorf-Bahausen: Mehrheitssozialisten 4218, Demokraten 3861, Unabhängige 1989, Deutsche Volkspartei 1210, Deutschnationale Volkspartei 1114, Christliche Volkspartei 317. Spandau: Unabhängige 15 337, Mehrheitssozialisten 22 218, Demokraten 16 206, Deutschnationale Volkspartei 3088, Deutsche Volkspartei 2077, Christliche Volkspartei 3420. Zehlendorf: Unabhängige 27 654, Mehrheitssozialisten 27 816, Demokraten 8702, Deutschnationale Volkspartei 2077, Deutsche Volkspartei 6678, Christliche Volkspartei 2036. Potsdam (Stadt): Unabhängige 3254, Mehrheitssozialisten 1847, Demokraten 7840, Deutschnationale Volkspartei 5784, Deutsche Volkspartei 4554, Christliche Volkspartei 1282.

Wenden kontradictorischen Verhandlungen mit den Vertretern der Bergbehörden sowie der Bundesstaaten, des Privatbergbaus, der Steiger, des und der Bergarbeiter aus den verschiedenen Kohlenrevieren, schließlich des Kohlenhandels, des Kohlenverkehrs und der Kohlentransporte, wurde nach einem gründlich durchgeführten Plan das ganze Gebiet durchsucht. Andeutungsweise sollten die Verhandlungen den Vorgesetzten und Aufsichtlichen des Staatbetriebes gegenüber den Privatbetrieben in Bezug auf die technischen Fortschritt, in Bezug auf die Verhältnisse der Angestellten und Arbeiter, auf die Arbeitsleistung und schließlich auf das Rechnungswesen; ferner die Schwierigkeiten, die der Organisation aus der Betriebsvereinigung mit den nachfolgenden Produktionsstufen erwachsen; sodann den Fragen der Abgabenorganisation und schließlich den etwaigen Formen der Staatskontrolle und der Festsetzung der Arbeiter und Angestellten an der Leistung und am Gewinn.

Durch die Führung der außerordentlichen Sitzungen sind diese Verhandlungen noch nicht zum Schluss gekommen. Jedoch hat die Kommission es schon jetzt für nötig erachtet, daß durch einen deklaratorischen Akt das private Monopol an den Bedenklachen gebrochen werde. Sie hat dabei dem Rat der Volkswirtschaftler den baldigen Erlass einer Veräußerung empfohlen, durch welche das Eigentum der Nation an den mineralischen Bodenschätzen ausgesprochen die Frage der Betriebsorganisation und der Entschädigungsform zwar noch näheren Ausführungsbestimmungen vorbehalten, dagegen die Gesamtwirkung des Staates auf die gesamten technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie und die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Betriebsleitung grundsätzlich sichergestellt werden sollen. Die Kommission ist sich dabei bewußt, daß mit einer solchen Veräußerung eine Reihe von schwerwiegenden innen- wie außenpolitischen Fragen angeschnitten werden, die sich ihrer Zuständigkeit entziehen. Jedemfalls müßte die besondere Frage, ob Reichs- oder Staatsbesitz, da sie in dem Entwurf offen gelassen ist, späterer Vereinbarung der interessierten Stellen vorbehalten bleiben. Die nächsten Verhandlungen werden den folgenden Gebieten gelten:

weitere Zweige des Berg- und Güttenwesens, Energiemessen (Elektrizität und Wasserkraft), Bahnen und Forstwirtschaft, Kommunalisierung und Gewerkschaftswesen (Baugewesen, Apotheken, Wälder, Schlachtereien usw.).

Die Zerlegung Preußens.

Der Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich, der soeben veröffentlicht wird, sieht die Aufteilung Preußens in folgende Landteile vor: Republik Berlin wird umfaßt Stadt- und Landkreis Groß-Berlin, Republik Preußen Ostpreußen, Westpreußen und den Kreis Bromberg, Republik Schlesien, die Provinz Posen, die Sudetenländer und Ostböhmen, die Republik Brandenburg die Provinz Brandenburg ohne die zu Groß-Berlin gehörigen Teile, die Provinz Pommern die Hinterpommern und beide Neumark, dann Republik Niedersachsen, umfassend Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig, Republik Westfalen, umfassend die Provinz Westfalen, den Kreis Schwelm, beide Lippe und Bismarck, Republik Hessen, umfassend Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen, Republik Rheinland, umfassend die Rheinprovinz, die Sonneberger Pfalz und das Fürstentum Birkenfeld. Der Regierungsbezirk Erfurt soll zu Groß-Berlin kommen. Wien soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Die anderen Teile von Deutschland sollen entweder zu Schlesien oder zum Bundesstaat Ostböhmen oder zu Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Osterreich konstruiert werden.

Die Zerlegung Preußens ist eine Notwendigkeit. Das jetzige Preußen ist ein dualistisches Produkt, zugeschnitten auf die Interessen der Gutsbesitzer. Ueber die vorgeschlagene Einteilung Preußens wird noch mancherlei zu sagen sein. Von ebenso großer Wichtigkeit wie die Zerlegung Preußens in Republiken ist die vollständige Neuordnung der Verwaltung, die gleichzeitig damit in Angriff genommen werden muß.

Ein Provinzial-Parlament für Ostpreußen.

Die Regierung hat angesichts der besonderen Verhältnisse in Ostpreußen eine Verordnung erlassen wegen Eröffnung einer vorläufigen Provinzialversammlung. Mitglieder der Provinzialversammlung sind die in Ostpreußen gewählten Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landtag. Die Provinzialversammlung besteht aus 33 Mitgliedern. Die Befugnisse der Verordnung, in welcher auch Bestimmungen über die Befugnisse der vorläufigen Provinzialversammlung enthalten sein werden, ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Die Verordnung, daß Streiks nur mit Genehmigung der Oberbehörde zulässig sind, ist kein Mittel, sie zu verhindern. Die Streikbewegung, die wegen der Nichtbewilligung der einmaligen Löhne entstanden ist im Wachsen begriffen.

Die aus Preußen (Oberschlesien) vom 20. Januar gemeldet wurde, waren bei der heutigen Frühstückstisch von dreihundert bis vierhundert Arbeitern mit über 30 000 Mann im Auslande.

Wenn die Regierung diese die Volkswirtschaft schwer schädigenden Zustände vermeiden will, so muß sie durch schnelle Inangriffnahme der Sozialisierung den Bergarbeitern das Vertrauen geben daß alles geschieht, um die Interessen der Gesamtheit zu wahren.

Breslau, 20. Januar. Die Versammlung des Volkstaates zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, tritt mit der Gefahr eines Generalkonflikts in Oberschlesien bereits zunächst befristet ein. Die Vertreter der Bergarbeiter sind einmütig der polnischen Bundesvertreter haben heute beschlossen, daß von morgen ab alle Bergarbeiter wieder einzutreten haben, und die Arbeit in vollem Umfang aufzunehmen ist. Inzwischen sind die neuerdings an den Bergarbeitern nicht gemacht worden. Die Generalkonfliktführer sind in dieser Frage ausnahmslos auf dem Standpunkte der Werke und deren ihren Druck auf, um der Arbeiterklasse beizubringen, daß übertriebene Forderungen den ruinösen Überblick im Gefolge haben müßten. Der Beschluß auf Wiederannahme der Arbeit wurde einstimmig gefaßt, nachdem bekannt geworden war, daß die Regierung eine Kommission für die Vorarbeiten zur Sozialisierung der ober-schlesischen Werke eingesetzt hat.

Groß-Berlin.

Die Bestattung Karl Liebknechts.

Die Bestattung des Genossen Karl Liebknecht und der an deren Opfer der letzten Kämpfe wird wahrscheinlich kommenden Sonntag abends mittags um 1 Uhr von der Spielwiese im Friedrichshain stattfinden. Nach den Ansprüchen wird sich der Zug durch die Frankfurter Allee nach Friedrichsfelde zum Städtischen Friedhof bewegen. Hier ist an einer besonderen Stelle ein gemeinsames Grab für die revolutionären Kämpfer vorgesehen. Die Ordner und Sanitäter, die bei der letzten Beerdigung mitgewirkt haben, werden gebeten, sich an den früheren Stellen zur Verfügung zu halten.

Zur Beachtung.

In Angelegenheit der Beerdigung der Opfer der Revolution bitten wir alle Angehörigen, die wünschen, daß ihre Lieben gemeinschaftlich durch uns beerdigt werden, sich mit den Beerdigungs- und Ausweispapieren in unferem Bureau sofort melden zu wollen.

Diejenigen Angehörigen, die bereits hier Meldung gemacht, jedoch keine Papiere hinterlegt haben, werden gebeten, dieselben unverzüglich herbeizubringen zu wollen.

Die Bestattung ist Friedrichsfelde, angewiesen durch den Berliner Magistrat.

Bureau sozialdemokratischer Wahlvereine (U. S. P. D.).
Bureau: Schiedlerstr. 5.

Zweck Unterstützung der Hinterbliebenen der Revolutionäre und Angehörigen in Haft befindlicher Freiheitskämpfer gelangen Sammelstellen vom Montag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr ab, im Bureau der U. S. P. D., Schiedlerstr. 5, Hof II, zur Angabe. Wir bitten um rege Inanspruchnahme dieser Listen, damit die schweren wirtschaftlichen Sorgen aller in Misleidenschaft gezogenen Angehörigen unserer Freiheitskämpfer bald behoben werden können.

Der Zentralvorstand U. S. P. D.

Die Stimmgelbe der Scheidemänner ungültig?

Nach dem Wahlgesetz dürfen die Stimmgelbe mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie dürfen selbstverständlich auch nicht anderslauten als die Namen der Kandidaten, auch der Auswahlnamen der eingereichten Liste genügt. Wegen dieser Bestimmung verstoßen zahlreiche Stimmgelbe, die von den Scheidemannern gefordert in Berlin ausgegeben wurden. Diese Briefe enthalten außer den Namen noch folgende Bemerkung: „Die Liste der sozialdemokratischen Partei.“ Diese Bemerkung auf dem Stimmgelbe ist unzulässig. Wie wir hören, wollen bürgerliche Parteien gegen die Gültigkeit der Scheidemann-Stimmzettel Protest einlegen. Das hätte man den Scheidemannern aber zu sagen sollen, daß sie wenigstens gültige Stimmgelbe herausbringen können. Ihre Briefe in den Vorarbeiten waren in Ordnung. Da viele Stimmgelbe, die auf Scheidemann lauten, den Vermerk enthalten: „Liste der sozialdemokratischen Partei“, so wurde von verschiedenen Parteien gegen die Gültigkeit dieser Stimmgelbe Protest erhoben, da sie durch diese Bezeichnung mit einem Kennzeichen versehen waren, was unzulässig ist.

Eine Würdigung der Briefe behalten wir uns vor, wenn eine klare Uebersicht möglich ist. Preislos war zu erwarten, daß die Scheidemann eine große Stimmgelbe auf ihre Liste bringen würden. Das haben wir vorausgesehen. Sie hatten ja alles Interesse daran, den Wahltermin so kurz wie möglich möglich anzusetzen, damit es uns unmöglich gemacht war, an die breiten Massen im aufklärenden Sinne heranzukommen. Und dann die Vorkommnisse der letzten Tage, durch die das Resultat direkt gefährdet werden mußte. Und was die Hauptursache ist: der ganze beherrschende Apparat ist in den Dienst der Scheidemann gestellt worden, genau so wie zu dem Namen „gute Wahlen“ für die Regierung gemacht worden sind. Soldaten sind von Deutschland direkt nach dem Wahllokal geführt worden. Mit Stimmgelben waren sie schon versehen, sie nahmen deshalb auch keine anderen Briefe mit.

Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth fand Montag nachmittags im Berliner Rathaus eine Beratung des Ausschusses der Groß-Berlin statt. Zur Verantwortung standen die Anträge der Berliner Verkehrsvereine auf Erhöhung der Tarife. Nach längerer, lebhafter Debatte wurde unter Ablehnung anderer Anträge beschlossen, der sofortigen Erhöhung der Straßenbahntarife um 5 Pfennige für jede Fahrt zuzustimmen. Die bereits ausgegebenen Fahlscheine behalten ihre Gültigkeit.

Gefinnungsschnüffel.

Von Schreit und:
Eine beispiellose Gefinnungsschnüffel macht sich seit einiger Zeit im Vor- und Nachhinein mit der Stadt Berlin gegenüber den Angehörigen geltend. Nachdem vor einigen Tagen schon eine wichtige Anzahl von ihren Mitarbeitern sporadischer Reaktionen verdächtigt denunziert worden war, veranlaßte man am Sonntag, den 15. d. M., eine Umfrage über die politische Stellung jedes einzelnen. Da diese Umfrage ganz offiziell von dem Bureaubesitzer genannten Amtes ausging, ließen sich die meisten Angehörigen einschüchtern und gaben bedauerlicherweise ihre Parteipflicht an.

Wir erwarten, daß der Magistrat als vorgeschicte Behörde hier eingreift und dem betr. Beamten bedeutet, daß ihn die privaten Angelegenheiten seines Personals nichts angehen.

Das Verfahren gegen die Spartakus-Anhänger.

Das Strafverfahren gegen die in Paris befindlichen Spartakus-Anhänger hat, wie mitgeteilt wird, bei der großen Zahl der Verhafteten die Einrichtung eines besonderen „Zentralbureaus für Spartakus-Angehörige“ bei der Parteipropaganda bewirkt. Von diesem werden die einzelnen Fälle geprüft. Der „Berliner“ hat die Angehörigen erteilt. Diejenigen Angehörigen, die von den Verhafteten in eine große Zahl bereits wieder auf freies Fuß gesetzt, da sich in diesen Fällen der Tatbestand nicht als erwiesen erweist, wird auch weit wider Gerichtsbeschlüsse noch Nichtverurteilung vorliegt. Insbesondere sind diejenigen Verhafteten freigegeben worden, welche festgenommen waren, weil sie durch „Mittel- und Hochverrat“ und andere Verbrechen verurteilt worden hätten. Die bereits eroberten Auflagen gegen die Spartakus-Anhänger auf Verbrechen harr. Verbrechen gegen den

§ 110 (Cessantische Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Weisung), gegen die §§ 115, 116 (Aufbruch und Aufbruch bzw. Mordführer), gegen den § 123 (Landfriedensbruch) usw. In einigen Fällen, in denen Spartakus-Mitglieder mit der Waffe in der Hand oder noch irgendwie verhaftet worden sind, sind Auflagen wegen versuchten Mordes erhoben worden.

Die Berliner Stadtkassenheine, deren Einlösung ursprünglich zum 1. Februar 1919 in Aussicht genommen war, werden nach dem Beschluß des Magistrats bis zum 1. April im Verlede belassen. Ihre Einlösung erfolgt daher erst vom 1. April ab.

Die Festsetzung in der Fremdenarbeit Tallberg in Wittenau wird infolge Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und des damit verbundenen Schichtwechsels des Personals Wittmoths auf die Zeit von 3 bis 4 Uhr verlegt werden. Die neue Festsetzung tritt am 20. Januar in Kraft.

Arbeiter-Turner Berlin! Die Aufforderung in der Sonntagnummer dieses Blattes, gehalten von J. A. Fritsch, Wittenau, Panzerstr. 18, wird seitens des Vorstandes des Turnvereins „Nichte“ nicht gebilligt. Solches Unternehmen führt zur Spaltung und liegt nicht im Interesse der Arbeiterturnbewegung. J. A. Fritsch, 1. Vorsitzender.

Lebensmittellisten.

Berlin. Auf die beiden Reichslisten der Lebensmittel der Woche (4-7. Woche) können je 150 Gramm Mehl bezogen werden. Die Bevölkerung ist also berechtigt, auf jeden Reichslisten nicht, wie auf den Karten gedruckt steht, 125 Gramm, sondern 150 Gramm Mehl zu entnehmen. Die Reichslisten sind entsprechend benachrichtigt worden.

Preis. In der Woche vom 20. bis 26. Januar d. J. gelangen in der Verkaufsstelle der Gemeinde zur Abgabe: Berliner Lebensmittelliste auf Abschnitt 88 50 Gramm Ofsensteden und 50 Gramm Ofsen (100 Gramm je Person); auf Abschnitt 89 und 88 je ½ Pf. Karneide je Person. Die Ausgabe erfolgt sobald die Ware eingetroffen ist. Die Zeit der Ausgabe wird noch bekanntgegeben. — Karte für Jugendliche: auf Abschnitt 15 100 Gramm Teipapier je Person. — Berlin-Treuer Lebensmittelliste: auf Abschnitt 15 5 Dosen Fleischpulver je Haushalt, auf Abschnitt 16 Sonderzuteilung, auf Abschnitt 11 der Eierliste ein Ei je Person für die Familien der Kleinfamilien: Jüdisch, Adhäre, Adhärenz, Brüder und Konsum. Die Ausgabe der Waren erfolgt auf die Lebensmittelliste Nr. 1-100 am Montag, Nr. 101-1800 am Dienstag, Nr. 1801 bis 2700 am Mittwoch, Nr. 2701-3700 am Donnerstag, Nr. 3701 bis 3702 am Freitag.

Oranienburg. Von Dienstag, den 21. bis Donnerstag, den 23. Januar werden im Lebensmittelamt, Berlinerstraße 72 die neuen Kartoffel- und Lebensmittelkarten ausgegeben. Die alten Lebensmittelkarten sind vorzuliegen. Die Karten werden nur in der angegebenen Zeit ausgegeben. Ferner sind die Karten bei Empfang auf Anzahl sowie Mängigkeit der Kinderkarten nachzusprechen. Nachträgliche Beanstandungen können nicht berücksichtigt werden.

Aus den Organisationen.

U. S. P. Teltow-Beesfow.

Montag, den 27. Januar, abends 6 Uhr, in Reinköln, Volks-Gesellschaftshaus, Kirchstr. 41, außerordentliche Kreisgeneralversammlung, T. D.: 1. Der Parteitag der U. S. P. 2. Wahl von 8 Delegierten zum Parteitag, 3. Kreisangelegenheit.

Die Orte werden erlicht, sich im Laufe der Woche mit der Tagesordnung zu beschäftigen. Betr. Abholung des Materials zur Preußischen weite Wahl an dieser Stelle beachten.

Neukölln (U. S. P.). Mittwoch, den 22. Januar, abends 7 Uhr, im Restaurant Nordgarten, Nordgartenstraße, Funktionärerversammlung. Zutritt nur gegen Funktionärerkarte. Diejenigen Bezirke, die ihre Karten noch nicht empfangen haben, können dieselben im Bureau erhalten. — Donnerstag: Kreisgeneralversammlung in den bekannten Bezirkebezirken. Thema: Die bevorstehende Kreisgeneralversammlung und der Parteitag, Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung.

Charlottenburg. Dienstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Rosenstraße 3: Oeffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Otto Jensen. — Mittwoch, den 22. Januar, abends 9 Uhr, im Volkshaus erweiterte Vorstandssitzung mit sämtlichen Gruppenführern und Funktionären. Es sollen die Vorbereitungen zur preussischen Nationalversammlung besprochen werden.

Wilmersdorf (U. S. P.). Dienstag, den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr, oeffentliche Volkserversammlung in der Aula der Viktor-Luise-Schule, Gajnerstraße. Ole Umlandstraße. „Zwischen den Schichten.“ Referent: Genosse Dr. Rud. Wittscheid.

Steglitz. Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im Gymnasium Oeschestraße: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung. Referent: Gen. H. Strobel. Dazu Dienstag abends 8 Uhr bei Picholtz, Bergstraße 8, Handzettelverbreitung. Donnerstag, 23. Januar, abends 1/2 Uhr, bei Eckebode, Hornstraße 10a, Mitgliederversammlung. Vortrag.

Treptow-Kaumbühlenerweg. Heute, Dienstag abends 8 Uhr, Volksversammlung im „Epreparat“, Witt-Treptow. Genosse Hugo Hase spricht über „Die Fragen der Zeit.“

Kreuzberg. Mittwoch, den 22. Januar, abends 7 Uhr, bei Wittsch, Wisnardsstr. 71: Oeffentliche Volksversammlung. Genosse Jensen spricht über: Revolution und Sozialrevolution.

Nieder-Schlensche (U. S. P.). Heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr: Vorstandssitzung bei Vengsk; um 7 Uhr Mitgliederversammlung im Waldhaus. Gäste willkommen.

Kriedscheldel (U. S. P.). Mittwoch, den 22. Januar, abends 4 Uhr, gemeinsame Kahlabend im Saale von Wandorf, Berliner Str. 18. Gäste willkommen. — Die Mitglieder des erweiterten Vorstandes finden sich zu einer kurzen Vorbereitungsversammlung am 1. Februar im Fokale ein. Donnerstag, den 23. Januar, abends 6 Uhr, Handzettelverbreitung vom Fokal Siedbrink, Berliner Str. 108, antik. Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, oeffentliche Wählerversammlung im Fokale von Pube, Fringen-Allee 30. Referent: Stadtverordneter Josef Wilske. Thema: „Wen wählen wir in die preussische Nationalversammlung.“

Neulindenborn (U. S. P.). Mittwoch, den 22. Januar, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Markt, Erdarmberstraße. Diskussionen zu Kreisgeneralversammlung und Parteitag.

Am 14. Februar werden im Saale, Elden und Zebowen von Berlin. Am Freitag, den 24. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Saale von Wittner, Greifensstraße 88: Vorbereitung der Vertrauensleute der in obigen Bezirken gelegenen Bezirke. Wegen der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung, u. a. Konstituierung eines Vertrauensleute-Komitees, wird das Erscheinen aller Vertrauensleute der Jugend erwartet. Jugendliche, wählen in allen Bezirken, Wertschätzen und Wertschätzen Vertrauensleute und senden sie zu der 50. Besprechung, Arie Jugend Woch-Berlin.

